



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/2870, 17/4667

**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
und der Verordnung zur Durchführung des
Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen
Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)**

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/4258, 17/4667

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)**

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4383, 17/4667

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)**

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4384, 17/4667

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)**

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4385, 17/4667

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgende neue Nr. 2 eingefügt:

„2. In Art. 12 Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „105 000 €“ durch die Worte „110 000 €“ ersetzt.“

b) Die bisherigen Nrn. 2 und 3 werden Nrn. 3 und 4.

c) Es werden folgende neue Nrn. 5 und 6 eingefügt:

„5. In Art. 13c Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „112 200 000 €“ durch die Worte „112 500 000 €“ ersetzt.“

6. Art. 13e wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Worte „81 250 000 €“ durch die Worte „70 250 000 €“ ersetzt.

b) In Satz 2 werden die Worte „2013 bis 2015“ durch die Worte „2015 bis 2018“ und die Worte „16 000 000 €“ durch die Worte „13 000 000 €“ ersetzt.“

- d) Die bisherige Nr. 4 wird Nr. 7 und erhält folgende Fassung:
 „7. In Art. 13h werden die Worte
 „256 000 000 €“ durch die Worte
 „252 000 000 €“ ersetzt und wird die
 Abkürzung „FAG“ gestrichen.“
- e) Die bisherige Nr. 5 wird Nr. 8.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
- a) Nr. 1 erhält folgende Fassung:
- „1. § 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
 „(2) ¹Die Zahl der in den Unterkünften
 zur Erstaufnahme am 31. Dezember
 des vorvorhergehenden Jahres unter-
 gebrachten Personen, die im Melde-
 register nicht erfasst sind, ist der Ein-
 wohnerzahl nach Abs. 1 Satz 1 zuzu-
 rechnen. ²Maßgebend für die Zurech-
 nung zu einer Gemeinde und einem
 Gemeindeverband ist die Lage einer
 Unterkunft zur Erstaufnahme.““
- b) Es wird folgende neue Nr. 3 einge-
 fügt.
- „3. In § 22 Abs. 1 Satz 2 werden
 nach dem Wort „Datenverarbei-
 tung“ die Worte „die für die Zu-
 rechnung nach § 1 Abs. 2
 maßgebende Zahl der in den
 Unterkünften zur Erstaufnahme
 untergebrachten Personen, die
 im Melderegister nicht erfasst
 sind, jährlich bis zum 1. August
 sowie“ eingefügt.
- c) Die bisherige Nr. 3 wird Nr. 4.

Berichterstatter zu 1: **Martin Bachhuber**
 Berichterstatter zu 2: **Thomas Mütze**
 Berichterstatter zu 3-5: **Bernhard Pohl**
 Mitberichterstatter zu 1: **Günther Knoblauch**
 Mitberichterstatter zu 2-5: **Martin Bachhuber**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/4258, Drs. 17/4383, Drs. 17/4384 und Drs. 17/4385 in seiner 50. Sitzung am 25. November 2014 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/4384 und 17/4385 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4383 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU:	Ablehnung
SPD:	Enthaltung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4258 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU:	Ablehnung
SPD:	Enthaltung
FREIE WÄHLER:	Enthaltung
B90/GRÜ:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/4258, Drs. 17/4383, Drs. 17/4384 und Drs. 17/4385 in seiner 23. Sitzung am 3. Dezember 2014 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/4384 und 17/4385 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4383 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4258 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/4258, Drs. 17/4383, Drs. 17/4384 und Drs. 17/4385 in seiner 27. Sitzung am 4. Dezember 2014 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/4384 und 17/4385 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4383 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4258 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender